Montag, 23. September.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.

Stettiner Zeitung.

№ 444.

Stettin, 1878.

Inserate: Die viergespaltene Petitzeile 15 Pf.
Redaction,
Druck und Verlag von R. Grassmann
Kirchplatz Nr. 3.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welche wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den auswärtigen, namentlich den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen. Der Preis der einmal täglich erscheinenden **Pommerschen Zeitung** beträgt auf allen Postanstalten außerhalb vierteljährlich nur **eine Mark fünfzig Pfennige.** Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark,** in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 22. September. Die gestrige (Sonnabends-) Sitzung der Sozialistengesetz-Kommission währte wiederum 5 Stunden. Da ordnungsgemäß über den vorgestern abgelehnten § 6 nicht mehr debattirt werden durfte, so brauchte man das Auskunftsmittel, den § 6 nunmehr § 5a zu nennen und denselben in folgender, von den nationalliberalen Mitgliedern beantragten und von den Konservativen gutgeheißenen Gestalt anzunehmen:

„Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden oder die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann zugleich mit dem zweiten auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Verbot einer einzelnen Nummer das Verbot des ferneren Erscheinens erfolgen."

Damit war den gestrigen Anträgen der Abgeordneten Stauffenberg und Lasker Genüge gethan. — Der § 2, welcher für Vereinsverbote die Landespolizeibehörde zuständig erklärt, wurde mit 13 gegen 7 Stimmen angenommen. Der § 3 der Vorlage bestimmt, daß beschlagnahmtes Vereinsvermögen, vorbehaltlich der Rechte Dritter, der Armenkasse des Ortes zufallen solle.

Abg. Lasker beantragt, daß das beschlagnahmte Vereinsvermögen durch die Verwaltungsbehörde liquidirt und je nach den gesetzlich zulässigen Verpflichtungen und Zwecken des Vereins verwendet, für vermögensrechtliche Ansprüche Dritter und der Vereinsmitglieder jedoch der Rechtsweg vorbehalten bleiben solle. Dieses Amendement wurde mit 16 gegen 3 und der § 3 darauf mit 13 gegen 7 Stimmen unter Verweisung an eine Redaktions-Subkommission angenommen.

Ueber den § 5 erhebt sich eine lange Debatte, welche die Gegensätze ziemlich scharf zum Ausdruck kommen ließ. Schließlich trugen jedoch die Lasker'schen Anträge mit wechselnden Majoritäten überall den Sieg davon. § 5 lautet nunmehr:

„Versammlungen, in denen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. Versammlungen, von denen durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie zur Förderung der bezeichneten Bestrebungen bestimmt, sind zu verbieten. Versammlungen, in welchen solche Bestrebungen zu Tage treten, sind aufzulösen. Den Versammlungen werden öffentliche Festlichkeiten und Aufzüge gleichgestellt. Zuständig für das Verbot und die Auflösung ist die Polizeibehörde. Die Beschwerde folgt dem landesgesetzlich vorgeschriebenen Instanzenzuge gegen Polizeiverfügungen entsprechender Art."

Nunmehr begann die Diskussion über die §§ 4, 7 und 8 des Gesetzes, welche die Bestimmungen der Beschwerde-Instanzen und beim Einschreiten gegen Presse und Vereine enthalten. Dem ersten Satz des § 4 wollte der Abgeordnete Lasker folgende Fassung geben:

„Gegen das Verbot steht dem Vereinsvorstande die Beschwerde an das oberste Landesverwaltungsgericht zu. In den Bundesstaaten, welche kein oberstes Landesverwaltungsgericht besitzen, geht die Beschwerde an das Reichsoberhandelsgericht."

Zu einer Entscheidung kam es gestern noch nicht, vielmehr mußte die Diskussion nach langer Dauer vertagt werden. Herr Gneist plaidirte für eine administrative Kontrole, welcher sich eine parlamentarische anschließt. Die Einführung einer Gerichtsinstanz nehme dem Reichstage das Recht, mitzusprechen; und letzteres sei nothwendig, damit der Reichstag Material bekomme über die Anwendung des jedenfalls nur für eine bestimmte Zeitdauer zu erlassenden Gesetzes. Die verantwortliche Exekutive des Reichskanzlers müsse über den Rahmen der jetzigen Reichsverfassung hinaus erweitert werden. Herr Lasker empfahl seinen Antrag, den er als mangelhaft anerkannte, weil die Oberverwaltungsgerichte nicht einheitlich seien. Diesem Mangel abzuhelfen, behalte er sich den Vorschlag eines Exekutionsrechtes des Reichskanzlers vor. Herr Goßler erklärte sich zwar gegen das Lasker'sche Amendement, ließ aber durchblicken, daß er am Ende doch dafür stimmen würde. Daß die Herren von der Rechten nicht so streng an der Regierungsvorlage festhalten, hat wohl in der sehr matten Vertheidigung, welche der baierische Minister Dr. Fäustle derselben zu Theil werden ließ, seinen Grund. Die Kommission wird am Montag Abend ihre Berathungen fortsetzen.

— Die „Berl. Fr. Pr." erklärt rund heraus, daß den Sozialdemokraten die Annahme des Gesetzentwurfs gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung lieber ist, als ein nach den Vorschlägen der nationalliberalen Partei amendirtes Gesetz. Es kommt, meint sie, nicht auf den Wortlaut des Gesetzes, sondern auf die Handhabung desselben an. „Mit der Annahme der Regierungsvorlage haben wir wenigstens in einem Jahre eine Nachwahl, bei der die Parole: „Fürst Bismarck oder gegen Bismarck" alle Parteiunterschiede verwischen wird. Mit der nackten Reaktion werden wir auch leichter fertig werden, als mit dem freiheitsheuchlerischen Liberalismus."

— (D. M.-Bl.) Der auffallende Widerspruch zwischen den rein-negirenden Erklärungen der Hänel'schen Rede vom 17. September und der Einbringung von Amendements seitens desselben Abgeordneten am 19. September findet dem Vernehmen nach seine Erklärung in dem Umstande, daß zwischen beiden Zeitpunkten eine Fraktionssitzung der Fortschrittspartei stattgefunden hat, deren Beschlüsse nicht den Hänel'schen Intentionen entsprochen haben sollen. Im engsten Zusammenhange damit scheint die Wahl des Abgeordneten Hoffmann in die Kommission für das Sozialistengesetz zu stehen; derselbe ist doch ein noch ziemlich junges Mitglied der Partei, und es wurde allgemein erwartet, daß Eugen Richter oder Klotz den zweiten Platz der Fortschrittspartei in jener Kommission einnehmen würden. Die Wahl Hoffmanns, der bekanntlich zu den gemäßigtsten Mitgliedern der Fortschrittspartei gehört, in Verbindung mit der Einbringung der Hänel'schen Anträge, welche sich ausdrücklich als „Abänderungsanträge" zu dem kurz vorher noch für „unamendirbar" bezeichneten Entwurf einführen, sind deutliche Symptome für eine Meinungsverschiedenheit innerhalb der Fortschrittspartei, wobei die gemäßigtere Ansicht obgesiegt zu haben scheint.

— Wir hören, daß der Reichskanzler sich schwerlich noch an den weiteren Verhandlungen über das Sozialistengesetz im Reichstage betheiligen wird. Die Aerzte rathen dem Reichskanzler, sich von allen aufregenden Geschäften fernzuhalten und so bald als möglich Berlin mit einem anderen Aufenthalte zu vertauschen.

— Der Präsident des Reichstages, Herr von Forckenbeck, hat sich heute Nachmittag 3 Uhr bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages nach Breslau zurückbegeben. Es ist wohl die letzte Fahrt, welche Herr v. Forckenbeck in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Breslau antritt, da für nächsten Donnerstag seine Wahl als Oberbürgermeister von Berlin mit Sicherheit zu erwarten steht. Daß Herr v. Forckenbeck die Wahl annehmen werde, daran wird nicht mehr gezweifelt. In parlamentarischen Kreisen meint man, daß Herr v. Forckenbeck in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Berlin zwar sein Reichstagsmandat beizubehalten gedenke, um dem politischen Leben nicht ganz Valet zu sagen, daß er aber das Präsidium des Reichstages alsdann kaum beibehalten dürfte, weil die Geschäfte der Verwaltung der größten Kommune des deutschen Reichs die Kräfte und Arbeiten eines Mannes voll und ganz in Anspruch nehmen.

Wilhelmshöhe, 21. September. Der Kaiser und die Kaiserin begaben sich heute zu dem Korpsmanöver. Der Kaiser, welcher trotz der rauhen Witterung im offenen Wagen fuhr, wohnte dem Manöver anfangs auf der Höhe von Wabern bei und begab sich später zu der 21. Division, von wo aus der Kaiser im Wagen stehend mittelst eines Fernrohres den weiteren Verlauf des Manövers beobachtete. Nach Beendigung des Manövers waren die Generäle und Stabsoffiziere zur Kritik um den Kaiser versammelt. Bei der Abfahrt von dem Bahnhofe Wabern waren sämmtliche Bürgermeister und Landräthe der umliegenden Kreise zur Verabschiedung anwesend. Der Kaiser und die Kaiserin sowie der Kronprinz und der Großherzog von Mecklenburg unterhielten sich auf das Huldvollste mit denselben. Das Aussehen des Kaisers ist ein vortreffliches. Heute Nachmittag sind die Spitzen der Civilbehörden zum Diner eingeladen. Morgen werden sich der Kaiser und die Kaiserin zur Kirche begeben. Die Truppen haben Ruhe.

Der Großherzog von Sachsen und der Herzog von Edinburg sind heute früh abgereist.

Ausland.

Paris, 20. September. Das hier verbreitete Gerücht von der Demission des Finanzministers Leon Say wird von der „Agence Havas" für vollkommen unbegründet erklärt.

Provinzielles.

Stettin, 23. September. Die Versammlung der Bürgerpartei im „Deutschen Garten" war wiederum sehr zahlreich von mindestens 4000 Wählern besucht, unter denen sich auch einige Gegner eingefunden hatten. Nachdem Herr R. Graßmann zum Vorsitzenden gewählt und das Büreau aus den Herren Nase, Hey, Höpfner und Höhlke sen. gebildet war, tritt nach Erledigung der Formalien die Versammlung sofort in die Tagesordnung ein. Den ersten Gegenstand derselben bilden: „Die Wahlumtriebe der Gegner." Der Vorsitzende bespricht zunächst die am Sonnabend auf dem „Bock" von den Leitern der Gegenpartei in Scene gesetzte Komödie. Am Sonnabend Vormittag sei ihm, während der zufälligen Anwesenheit des Herrn Piest, durch einen Knaben, angeblich im Auftrage mehrerer Herren, die in den Anlagen spazieren gingen, ein anonymer Brief zugegangen, worin er aufgefordert wäre, nach dem Bock zu kommen und zu sprechen. Er habe darauf durch denselben Knaben den Herren sagen lassen, sie würden eine Antwort erst, wenn sie ihre Namen nennten (Bravo) erhalten. Dieselben hätten indessen in Folge dieser Aufforderung es vorgezogen, Nichts von sich hören lassen. Am Abend desselben Tages habe nun Herr Dr. Dohrn, einer der jetzigen Leiter der Gegenpartei, auf dem Bocke gefragt, ob einer der Herren Graßmann gegenwärtig sei (Hört!), mehrere Stimmen hätten mit „Ja" geantwortet. „Hier ist er." (Heiterkeit.) Darauf hätte Herr Dr. Dohrn einen der Herren aufgefordert, auf die Tribüne zu kommen. Natürlich sei Niemand erschienen, da sowohl er, der Vorsitzende R. Graßmann selbst, wie auch Herr Dr. Graßmann jun., um eben dieselbe Zeit einer Versammlung der Bürgerpartei auf der Lastadie in „Stadt Bromberg" beigewohnt hätten und in Folge dessen natürlich nicht gleichzeitig im Bock hätten zugegen sein können. Es sei in der Versammlung auf dem Bock zu einem ziemlichen Tumulte gekommen, viele der Gegner hätten geäußert, Herr Graßmann sei wohl „zu feige", vorzutreten, oder habe sich bei dieser Aufforderung, vorzutreten, „gedrückt." Ein Mitglied der Bürgerpartei habe indessen gleichfalls auch ziemlich kräftig dazwischen gerufen, „es sei eine Lüge, daß Herr Graßmann auf dem Bocke zugegen sei." Um den Tumult zu besänftigen, sei eine Pause gemacht und habe nach derselben Herr Wendtlandt, der wohl gesehen habe, daß man zu weit gegangen sei, erklärt, es scheine allerdings ein Mißverständniß gewesen zu sein, daß einer der Herren Graßmann in der Versammlung zugegen gewesen sei; der Brief, den derselbe einsehen solle, werde auf der Expedition der „Ostsee-Zeitung" ausliegen. Nehme man Beides zusammen, den Brief, den er, Redner, Sonnabend Vormittag erhalten, und das Auftreten des Herrn Dr. Dohrn am Ende desselben Tages, so ergebe sich für jeden Unbefangenen, daß diese ganze Scene nichts gewesen sei, als eine abgekartete Geschichte (Bravo), als eine unwürdige Komödie (Lebhaftes Bravo), wie sie sich Leiter einer Partei, die auf Achtung Anspruch machen, nicht zu Schulden kommen lassen sollen. (Allgemeine Zustimmung.) Er habe durch seine jahrelange Thätigkeit als Vorsteher der Bürgerpartei gezeigt, daß er auf Drohungen gar nichts gebe und daß man gerade ihm am allerwenigsten „Feigheit" zuschreiben könne. (Allgemeine Zustimmung.) Aber er würde es seiner für unwürdig halten, auf ein so abgekartertes Spiel der Gegner einzugehen oder sich nach der Redaktion der „Ostsee-Zeitung" zu begeben. Jedermann in Stettin wisse, wo er, Redner, wohne und Herr Dr. Dohrn ständen Leute genug zu Gebote, um ihm den Brief selbst oder eine Abschrift desselben in's Haus zu senden (Bravo), zumal da seine Wohnung nur zwei Häuser von der des Herrn Dr. Dohrn entfernt sei. Die Mitglieder der Bürgerpartei wüßten, daß er sie stets gebeten habe, nicht in die Partei der Gegner zugehen, um dort nicht zu stören (Sehr richtig!), wenn jetzt die Gegner so keck seien, ihn aufzufordern, in ihre Versammlung hineinzukommen, so werde er allerdings dort erscheinen; aber er werde dies auch gleichzeitig in seiner Zeitung anzeigen und die Mitglieder seiner Partei bitten, gleichfalls dorthin zu kommen (Lebhaftes Bravo), er fürchte nur, daß es den Gegnern dann gehen würde, wie dem Göthe'schen Zauberlehrling, die Geister, die sie gerufen hätten, würden sie nicht wieder los werden. (Stürmisches Bravo.) Was die Sache selbst beträfe, so habe er nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gehabt, zu konstatiren, ob dieser Passus: „Wir wollen eine Fraktion Bleichröder in Stettin nicht", in dem Delbrück'schen Briefe wirklich enthalten sei. Daß diese Aeußerung, die seiner Ansicht nach eine Beleidigung der hiesigen Judenschaft enthielte (Sehr richtig!), wirklich gefallen und von den anderen Mitgliedern der Gegenpartei nur mühsam todt geschwiegen sei, sei außer Frage, denn ihm sei diese so außerordentlich charakteristische Aeußerung von nicht weniger, als von drei zuverlässigen und von einander ganz unabhängigen Seiten mitgetheilt (Hört!). Daß diese Aeußerung sich in dem Delbrück'schen Briefe selbst befunden habe, möge ein Mißverständniß Seitens eines der Herren gewesen sein, jedenfalls habe die Sache konstatirt werden müssen und da er ein allzu großes Vertrauen auf Herrn Dohrn und Wendtlandt nicht habe (Heiterkeit), so habe er sich an Herrn Dr. Delbrück als an eine bessere Quelle gewandt. Herr Delbrück habe allerdings die etwas seltsame Antwort gegeben, das Konzept dieses Briefes nicht mehr zu besitzen, eines Briefes, der, da Herr Delbrück auf die, gelinde gesagt, nicht eben taktvollste Weise mit seinen eigenen Gegnern korrespondirt habe, wohl wichtig genug gewesen sei, daß von demselben Abschrift genommen werde, damit nicht etwa durch denselben gar seine Ehre tangirt werde. (Sehr richtig!) Redner geht darauf auf den Brief des Herrn Braun ein, der von Anfang bis zu Ende die gröbsten Unwahrheiten enthalte. Richtig sei nur, daß Redner während seiner Anwesenheit in Berlin [illegible] von Stauff[illegible] habe, er habe denselben aber überhaupt nicht gebeten, hier für Herrn Schlutow zu sprechen, sondern er habe ihn nur ersucht, da hier zwei Nationalliberale als Gegenkandidaten sich gegenüberständen, sich neutral zu verhalten und auch nicht für Herrn Kapp zu sprechen. Herr Stauffenberg habe ihm dies auch zugesagt und seien sie vollständig freundschaftlich geschieden, von einem Mißvergnügen seinerseits sei ihm absolut nichts bekannt. (Heiterkeit.) Redner kommt nun auf die gegnerische Presse zu sprechen. Heute sei ein Flugblatt verbreitet, welches einen angeblich stenographischen Bericht dessen, was er am Freitag auf dem Bock gesagt haben soll, bringe. Da er auch seinerseits seine Rede durch zwei Stenographen habe nachschreiben lassen, so sei durch deren wörtlich übereinstimmenden Bericht bereits konstatirt, daß dieser angeblich stenographische Bericht der Gegner in den wesentlichsten Punkten unrichtig sei. Redner bespricht darauf das Verhalten der drei gegnerischen Blätter, der „Ostsee-Zeitung", der „Neuen Stettiner Zeitung" und des „General-Anzeigers". Er wolle die Versammlung nicht mit den letzten Angriffen derselben behelligen, denn über dergleichen könne man in anständiger Versammlung überhaupt nicht verhandeln. Ohne Zweifel seien unter den Führern der Gegenpartei auch sehr viele ehrenwerthe Elemente, aber da dieselben nie dergleichen Skandalanzeigen im „General-Anzeiger" inserirt hätten, so könne er nicht umhin, die Leiter der Gegenpartei dafür verantwortlich zu machen. Wie die Ultramontanen oder die Sozialdemokraten für die Auswüchse ihrer Parteien verantwortlich seien, so seien es auch die Gegner. (Sehr richtig.) Redner müßte überhaupt das Verfahren der Mitglieder die Gegenpartei, die sich selbst nicht scheue, zu Gewaltthätigkeiten zu schreiten, auf's Aeußerste beklagen, ihm selbst seien Schmähschreiben und Drohbriefe mit Revolver u. s. w. zugesandt, die er selbstverständlich dem Papierkorb übergeben hätte. Dies sei verhältnißmäßig harmlos. Aber man habe sich auch nicht entblödet, sowohl über ihn, als über Herrn Schlutow, die abenteuerlichsten Gerüchte zu verbreiten. Doch schlimmer sei, daß es selbst zu Gewaltthätigkeiten gekommen, wie vier Zeugen bekunden wollten, habe z. B. ein Herr Rosenkranz einem andern Herrn, mit dem er sich im Luftdichten über die Wahlen gestritten, beim Austritt aus dem Lokal hinterrücks überfallen und ihm wahrscheinlich mit einem Messer oder anderen Instrument mehrere gefährliche Verwundungen beigebracht (Pfui!), so daß derselbe mit Blut überströmt gewesen sei. (Zahlreiche Rufe: Pfui!) Der Excedent sei zwar verhaftet, habe indessen auf der Wache sogar noch die Aeußerung gethan, er bedaure, daß es nicht mehr

geworden sei. (Lebhafter Unwille.) Es sei denn doch in der That auf das höchste bedauerlich, wenn Männer aus gebildeten Ständen sich zu solcher Parteiwuth fortreißen ließen.

Herr Sieber glaubt konstatiren zu sollen, daß Herr Rosenkranz den anderen Herren nur mit der Faust auf die Nase geschlagen habe, auch sei es noch fraglich, ob hier ein politischer Zwist vorliege, er glaube übrigens, daß der Fall in Stille beigelegt sei.

Herr R. Graßmann: Selbst so wie Herr Sieber den Vorfall geschildert, konstatire er noch immer eine beklagenswerthe Rohheit, übrigens weise der Hut des geschlagenen Herrn zwei Löcher auf, die schwerlich von der „Faust" des Herrn Rosenkranz herrührten. Erwiesen sei auch, daß sich die beiden Herren vorher politisch gestritten hätten.

Der Redner geht sodann zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung: die Aufgabe der Bürgerpartei, über. Er berührt noch einmal kurz die Vorgänge, welche zur Aufstellung der Kandidatur des Herrn Schlutow geführt haben. Derselbe sei ursprünglich als ein Kompromiß-Kandidat und zwar während seiner, des Herrn Graßmann, Abwesenheit von Stettin aufgestellt worden, auch werde ein sehr achtbarer Theil der Kaufmannschaft, wie man aus den heutigen Morgenblättern sehe, für denselben stimmen. (Bravo.) Von den Gegnern sei bekanntlich Herr Dr. Kapp, der über 10 Jahre in Amerika gewesen und also aufgehört habe, Deutscher zu sein, aufgestellt. Da derselbe früher schon gewählt gewesen sei, so wünschten seine früheren Parteigenossen wohl nur aus einem leicht erklärlichen Gefühl, daß er wieder in ihrer Mitte wäre; da er aber in seinem früheren Kreise durchgefallen, so frage Redner nochmals bei der Versammlung an, ob Stettin als Nothnagel diene. (Zahlreiche Rufe: Nein!) Auch ihm, Redner, sei es lieber, wenn ein Stettiner Kaufmann, als wenn ein amerikanischer Jurist gewählt werde, so sehr auch Letzterer lebhaft von seinem Collegen, dem Greifenhagener Juristen (große Heiterkeit) empfohlen werde. Bei der kommunalen Stellung des Herrn Wendtlandt glaube er allerdings nicht, daß die Bürgerpartei auf diese Empfehlung sonderlich viel Gewicht legen werde. Redner berührt noch einmal kurz den Unterschied der beiden sich hier gegenüber stehenden Parteien. Die Gegnerpartei, welche uns die hohen Steuern, eine Schuldenlast von 10,600,000 Mark gebracht und womöglich auch noch die Festungswälle für $10^1/_2$ Millionen ankaufen wollte, welche dagegen auf der andern Seite das Leihamt, welches eine wahre Wohlthat für die Arbeiter gewesen sei, aufgehoben habe, welche auch die Sparkasse hätte aufheben wollen, wohl damit die Arbeiter ihr mühsam Erspartes nach der Ritterschaftlichen Bank oder ähnlichen Instituten brächten. (Große Heiterkeit!) Redner weiß nicht, woher bei diesen Vorgängen auf kommunalem Gebiet die Gegner jetzt den Muth hernehmen, sich den Arbeitern nun als gute Freunde zu empfehlen. (Lebhafter Beifall.)

Herr [illegible] hat auch [illegible] persönliche Gründe, gegen Herrn Kapp zu stimmen, wenn Herr Kapp die Beschuldigung ausgesprochen hätte, daß mehrere katholische Priester in Westpreußen unter dem Vorwande des Seelenheils die Leute zur Auswanderung überredeten, ja den allergemeinsten Menschenhandel trieben, und er, vielfach aufgefordert, diese Behauptung zu beweisen, auch nicht das Geringste für dieselbe habe beibringen können, so müsse er gestehen, daß es seiner Ansicht nach nicht der Würde eines Abgeordneten entspreche, den Parteikampf im Reichstage mit Zeitungsenten zu führen. (Bravo!) Das möge in Amerika Mode sein, für Deutschland passe das nicht. Und ebenso, wenn Herr Kapp in seiner Rede auf Bellevue erkläre, das Schlutow'sche Programm gelesen zu haben, und wenn Herr Schlutow in eben diesem Programm ausdrücklich erklärte, er sei liberal, und wenn Herr Kapp dem gegenüber in derselben Versammlung sich nicht scheut, auszusprechen, Herr Schlutow wolle einer konservativen Fraktion beitreten, so sei dies entweder ein Versehen, wie es keinem gebildeten Manne, also auch Herrn Kapp nicht begegnen dürfte, oder eine bewußte Unwahrheit. (Sehr richtig!) Mit solchen Mitteln zu kämpfen, möge gleichfalls in Amerika Mode sein, für Deutschland wünsche er dergleichen nicht, deshalb werde er gegen Herrn Kapp wirken. (Lebhafter Beifall!) Redner theilte noch mit, daß eben wegen der liberalen Parteistellung des Herrn Schlutow viel Konservative den Wahlaufruf für denselben diesmal nicht mit unterschrieben hätten. (Hört!)

Herr Petermann: Unter den Gerüchten, welche man gegen Herrn Schlutow ausstreue, sei namentlich, daß dieselben Herren, welche ihn zum Stadtrath und Vorsteher der Kaufmannschaft gewählt jetzt die Parole ausgeben: „Herr Schlutow wäre solchen Aemtern nicht gewachsen"; ein solches Verfahren richte sich selbst. (Bravo.) Und wenn man weiter die Parole ausgebe, es gehöre „zum guten Ton", für Herrn Kapp zu stimmen, und damit sogar Arbeiter zu fangen suchte, so antworte er darauf, man wähle bei der Reichstagswahl einen Abgeordneten für das Volk und einen Vertreter der wesentlichsten realen Interessen, nicht aber einen Abgeordneten für Glaceehandschuhe (Heiterkeit!), oder für einen mehr oder minder guten Ton. (Lebhafter Beifall.) Indessen er nehme die Herausforderung an, er bäte die kleinen Leute, sich zu erinnern, daß Herr Schlutow der Kandidat der kleinen Leute sei. (Bravo!)

Zum dritten Punkte der Tagesordnung: „Organisation der Bürgerpartei", berichtet der Vorsitzende kurz die Thätigkeit der Gegner, die sogar einen Theil der Wahllisten in Händen hätten. Er berichtet auch von den in manchen Bezirken in Umlauf gesetzten Cirkulären, unter deren Unterschriften manche um so erstaunenswerther wären, als sie von Männern herrührten, welche dem Hause Schlutow ganz außerordentlich viel zu verdanken hätten. (Große Bewegung.) Es wäre doch wünschenswerth, daß diese Cirkuläre sämmtlich gesammelt würden und bitte er, dieselben ihm einzureichen. Trotz alledem zweifle er nicht an dem Siege der Bürgerpartei, sofern dieselbe nur irgend etwas thätig wäre; fast alle Handwerker, fast alle Beamte, fast alle Arbeiter, vielleicht mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die möglicherweise auswärtiger Ordre folgten, würden für Herrn Stadtrath Schlutow stimmen. (Bravo!) Auch die ruhigeren Elemente der Kaufmannschaft kämen, wie man sehe, herüber, es handle sich ja auch bei den erstgenannten Ständen in der Steuerfrage um die wesentlichsten Interessen. Die vier untersten Stufen der Klassensteuer zahlten jetzt 197,244 Mark Steuern, es sei außerordentlich erwünscht, daß diesen die aufzubringenden Lasten möglichst erleichtert würden. (Bravo!)

Herr Weyer: Die Aeußerung des Vorredners über die Sozial-Demokraten veranlasse ihn, darauf hinzuweisen, daß die heutige Aufforderung derselben im „General-Anzeiger", für Herrn Kapp zu stimmen, nur unterzeichnet sei von Herrn Behnke, der ein Bredower sei und von Herrn Saß, der schwerlich schon das Alter von 25 Jahren habe. Beide hätten also für die hiesige Wahl überhaupt nichts mitzureden (Hört!), eine Partei-Versammlung der hiesigen Sozial-Demokraten, in der beschlossen worden, für Herrn Kapp zu stimmen, sei seines Wissens überhaupt noch nicht abgehalten und bezweifle er, daß die hiesigen Sozial-Demokraten, die soweit er sie kenne, Männer mit eigenem Urtheil seien, sich so leichtgläubig, Mann für Mann, grau oder nicht grau, ohne Bedenken zur Schlachtbank führen ließen. (Sehr richtig!) Das Gespenst der Tabaksteuer, womit man Viele schrecke, sei jedenfalls nicht so gefährlich, als es aussehe; die größte Erhöhung der Preise für die einzelne Cigarre sei bereits gelegentlich der Münz-Reform eingetreten (Sehr richtig!) und bezweifle er, daß die Tabaksteuer einen höheren Preis bringen werde. Redner beklagt, daß viele Herren immer, wenn sie in Noth wären, zur Bürgerpartei kämen, wie z. B. die Herren vom „Kietz", als sie noch kein Pflaster gehabt hätten, und daß Mancher nachher der geleisteten Dienste so schnell vergesse und zu den Gegnern überginge. Er bitte die Anwesenden, um so fester an Herrn Schlutow halten zu wollen. (Lebhafter Beifall.)

Herr Sperling ist in der Versammlung des Herrn Kapp auf Bellevue gewesen und kann nicht umhin, seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß, als Herr Will, ein Mitglied der Bürgerpartei, um das Wort bat, gebildete Leute in einen solchen Tumult ausbrachen. Auch der berühmte Honigtopf, den man jetzt den Sozialdemokraten zur Wahl vorhalte, sei von Herrn Kapp in der Versammlung auf Bellevue recht tapfer herumgereicht worden. (Große Heiterkeit.) Er fürchte nur, daß die Herren es ebenso machen würden, wie bei den Stadtverordnetenwahlen, vorher hätten sie Jedem die Hände gedrückt, nachher Niemandem aber auch nur mit einem Auge angesehen (Heiterkeit), ihn selbst habe man allerdings auf Bellevue ruhig sprechen lassen. Wenn die Bürgerpartei zusammenhalte, sei der Sieg gewiß. (Bravo!)

Herr Wilke: Er sei ein einfacher Arbeiter, aber er wähle keinen Amerikaner, wenn er einen Pommer haben könne; auch seien die Arbeiter erbost, daß Herr Braun sie deshalb als Schildbürger verschrieen hätte. Mancher hätte allerdings zuerst nicht gewußt, was das hieße, er habe es ihnen aber dadurch deutlich gemacht, daß er ihnen gesagt: Schildbürger seien etwa Die, welche, wenn sie den Jacobikirchthum abzubrechen hätten, von unten anfingen (Große Heiterkeit!), er könne nur sagen, daß dieses anmaßende Auftreten der auswärtigen Herren viel böses Blut gemacht habe und daß zahlreiche Klassen der Arbeiter einmüthig für Herrn Schlutow auftreten würden. (Beifall.)

Der Vorsitzende geht darauf zum letzten Gegenstand der Tagesordnung über: „Die Bedeutung der Wahl des Herrn Stadtrath Schlutow für die Stadt Stettin." Wenn die Gegner diesmal siegten, so würde ohne Zweifel das skandalöse Treiben im „General-Anzeiger" und die Verhöhnung der Bürgerpartei auch noch weiter fortgehen, der Gegensatz würde nicht gemildert, sondern noch verschärft werden. Dagegen würde, wie die Bürgerpartei von Anfang an einen Kompromiß-Kandidaten aufgestellt habe, sie auch nach der Beendigung des Kampfes möglichst Ruhe und Eintracht zu halten suchen. Er für seine Person habe weder Lust am Parteigezänk, noch strebe er, wie man erzählt, etwa nach der Stelle des Herrn Dr. Wolff; die goldene Kette zu tragen, überlasse er gern Anderen. (Heiterkeit.) Redner bittet daher, mit allen 5700 Stimmen, welche die Bürgerpartei mit ihren Verbündeten schon einmal auf ihren Kandidaten vereinigt hätten, auch diesmal für denselben eintreten zu wollen. Mit einem enthusiastisch ausgebrachten Hoch auf Se. Majestät den Kaiser wird die Versammlung geschlossen. Dieselbe trennte sich mit einem Hoch auf Herrn Stadtrath Schlutow in ziemlich siegesgewisser Stimmung.

— Wie uns mitgetheilt wird, ist am Sonnabend auf dem „Bock" die Behauptung gefallen, das „Eingesandt" gegen die Aeußerungen des großen L. im „General-Anzeiger" sei ein Produkt von Herrn R. Graßmann oder Herrn Dr. G. Graßmann. Dem gegenüber haben wir nur zu erklären, daß der Verfasser desselben ein Bewohner Grünhof's ist, der uns so eben selbst um Richtigstellung dieser falschen Angabe unserer Gegner ersucht.

— Dem Sekonde-Lieutenant im reitenden Feldjägerkorps Westermeier ist, unter Ernennung zum Oberförster, [illegible] Oberförsters Sotzmann erledigte Oberförsterstelle zu Falkenwalde im Regierungsbezirk Stettin verliehen.

— Der Postdirektor Simon in Colberg ist zum 1. Oktober d. J. in gleicher Eigenschaft und als Vorsteher des Bahn-Postamts Nr. 11 nach Dirschau versetzt.

— Es ist darauf aufmerksam zu machen, daß das Betreten des Schullokals und das Nachhauseholen der Kinder gegen den Willen des Lehrers strafbar ist. Während der Schulzeit gehören die Schüler unter die Disziplinargewalt des Lehrers.

Stralsund, 21. September. Anfang nächsten Monats wird der Kunstverein für Neuvorpommern und Rügen auf dem Rathhause seine diesjährige große Gemälde-Ausstellung eröffnen. Die Rathhaussäle werden zu diesem Zwecke bereits hergerichtet und sollen die ersten Wagenladungen mit Gemälden schon heute von Rostock aus hier eintreffen.

Tribsees, 21. September. Vor ein'gen Tagen wurde in den Baumgruppen des Gartens zu Cavelsdorf ein schöner, großer und unbekannter weißer Vogel entdeckt. Die angestrengtesten Bemühungen, denselben einzufangen, hatten nur Erfolg, als man Pulver und Blei anwandte. Das an dem einen Flügel leicht getroffene Thier sank nun zur Erde und stellte sich seinen erstaunten Verfolgern mit den Worten vor: „Kakadu, Kakadu". — Es war auch wirklich ein weißer, schöner Kakadu, der nun zwar nicht seinen heimathlichen Wäldern in Australien, wohl aber, wie sich durch steckbriefliche Verfolgung später herausstellte, seinem Herrn aus Dobberan entflogen war, sich fünf Tage lang unbehindert umhergetrieben und die weite Strecke von Dobberan nach Cavelsdorf zurückgelegt hatte, von wo aus er nun seinem Herrn zurückgesandt worden ist.

Vermischtes.

— Vor einiger Zeit war sehr viel die Rede von einem kolossalen Vermächtniß, das dem Staat Montenegro zugefallen sein sollte. In den schwarzen Bergen herrschte eitel Jubel. Ein Herr Buchwestow in Orel hätte, so hieß es, eine halbe Million Rubel hinterlassen, aus deren Kapital für Montenegro eine Bank gegründet werden sollte, deren Erträgnisse wiederum alljährlich zur Gründung von Volksschulen zu verwenden gewesen wären. Alle Welt segnete den edlen Geber, den großmüthigen Mann. Aber ach, es kam anders. Wie Petersburger Blätter jetzt aus Orel erzählen, hatte man schließlich in der Wohnung des Verstorbenen, der die halbe Million testamentarisch an den Staat Montenegro hinterlassen hatte, — baar und rund die Summe von dreihundertfünfzig Rubel gefunden. Eine weitere Hinterlassenschaft ist vorläufig noch nicht ermittelt worden.

— Die Juden in China. Bekanntlich haben die Chinesen im letzten Januar Kaschgar, die Hauptstadt des gleichnamigen Sultanats, erobert und die dort regierende Familie des Abenteurers Jakub Beg vertrieben. Wie nun aus Täbris gemeldet wird, übersiedeln jetzt viele jüdische Familien aus den Khanaten Central-Asiens wie auch aus den russischen Besitzungen daselbst nach Kaschgar, in welchem Lande bisher die Juden nicht geduldet wurden. Die Chinesen benehmen sich diesen neuen Ankömmlingen gegenüber sehr gastfreundlich und gestatten ihnen gern die Ansiedlung in ihrer Mitte. Im eigentlichen China, so groß dieses Reich auch ist, finden sich, wenn man von den Küstenstädten absieht, wo jetzt einige englische und amerikanische Juden wohnen, kaum ein Dutzend israelitische Familien, die in der Stadt Kai-fong-fu in den ärmlichsten Verhältnissen leben. In China kennt man die Juden daher gar nicht, und nur die Gelehrten daselbst wissen von der Existenz derselben und nennen sie gewöhnlich „Leh-tze-kin" (die Adernausschneider), weil das mosaische Gesetz den Genuß der Adern verbietet. Uebrigens unterscheiden sich diese jüdischen Familien in Kai-fong-fu nur wenig von den Chinesen, mit denen sie Sprache und Kleidung gemein haben.

Hannover, 20. September. Am Nachmittage des 16. September und in der darauf folgenden Nacht, so schreibt der „H. C.", ist unsere Nordseeküste durch einen heftigen Sturm und damit verbundene ungewöhnlich hohe Fluth bedroht und mannigfach beschädigt worden. Leider ist auch ein Menschenleben zu beklagen; an der Badeanstalt bei Cuxhaven hatte die Fluth bereits viel Schaden angerichtet, und um noch so viel als möglich zu retten, suchte der Besitzer des Badehauses mit Hülfe einiger Nachbarn und seines Hausknechts die treibenden Balken und Bretter zu bergen, wurde aber bei Bergung des letzten Balkens von einer heranrollenden riesigen Welle erfaßt und fortgerissen und fand, ohne daß es seinen Leuten möglich war, irgend etwas zu seiner Rettung zu thun, seinen Tod in den Fluthen. — Auch von anderen Orten wird von Hochfluth und von heftigen Stürmen gemeldet.

Literarisches.

Neuer deutscher Reichskalender für 1879. Herausgegeben von der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung. 15 Bogen. 16. Mit 4 Tondruckbildern und ca. 60 Abbildungen im Text. Preis 50 Pfennige.

Der Jahrgang 1879 des „Neuen deutschen Reichskalenders" ist uns von der Verlagshandlung zugegangen. Ein Blick hinein in den reichhaltigen Inhalt und die Art und Weise der Anordnung giebt uns die Ueberzeugung, daß es den Herausgebern im Verein mit der Verlagshandlung gelungen ist, eine lang gehegte Absicht erreicht zu haben, nämlich ein Volksbuch zu schaffen, welches durch Unterhaltung und Belehrung, durch Gediegenheit in Originalen in der so reichhaltigen Kalender- und in der vielfach geradezu verderblich werdenden Volks-Literatur sich auszeichnet. Abbildungen und Vignetten, die nicht blos das Büchlein schmücken, sondern auch die besprochenen Gegenstände erläuternd versinnlichen. Der Preis von 50 Pfennigen ist für diesen, einschließlich des beigegebenen Marktverzeichnisses, 15 Bogen umfassenden Kalender so billig, daß die Anschaffung auch unter den bescheidensten Verhältnissen ermöglicht wird.

Telegraphische Depeschen.

Kassel, 22. September. Heute nach kaltem Morgen das herrlichste Sonntagswetter. Von früh ab ist ganz Kassel wieder lebendig. Festlich gekleidet strömen die Schulkinder zu den Sammelplätzen. Die freiwillige Feuerwehr in voller Adjustirung begiebt sich zum Stadtschloß, wo sie Spalier bilden wird. An der Garnisonkirche harren Tausende der Ankunft der hohen Herrschaften zum Gottesdienst. Der Kronprinz, Prinz Friedrich Karl und Graf Moltke, der zu Fuß kommt, werden mit Hochs begrüßt. Um $10^1/_4$ Uhr fahren Kaiser und Kaiserin in geschlossenem Wagen, aber bei offenen Fenstern, zur Kirche. Auch fast sämmtliche fremdländische Offiziere wohnten dem Gottesdienste bei.

Der Gottesdienst währte bis 12 Uhr. Konsistorialrath Kraatz hielt die Predigt.

Den brillanten Friedrichsplatz, ein Pendant zum Potsdamer Lustgarten, besetzt eine nach Tausenden zählende Menge.

Die Schuljugend, 9000 Köpfe stark, stand vor dem Stadtschloß aufmarschirt. Zahllose Fahnen wehten über ihre langen Linien. Die Mittelgruppe bildeten 5 Mädchen in weiß und blau, einen Blumenkorb mit Guirlanden tragend.

Um $12^3/_4$ Uhr erschien der Kaiser, donnernder Jubelruf begrüßte ihn. An die Rampe tretend mit der Kaiserin, verneigte er sich lange huldvoll von dem Balkon des alten Stadtschlosses herab.

Choralartig steigt von den Tausenden von Kinderstimmen die Hymne: „Heil dir im Siegerkranz" zum herrlichen Sonnenhimmel empor. Dem Kaiser traten Thränen der Freude in die Augen. Die Kaiserin und der Kronprinz nahmen neben ihm Platz.

Nach Beendigung des Gesanges trat Gymnasialdirektor Vogt vor und drückte in begeisterten Worten die Gefühle der Jugend Kassels aus und schloß mit donnernd widerhallenden Hochs auf den Kaiser.

Den Gesang hatte der Gymnasial-Gesanglehrer Temme von der Palaisrampe aus geleitet.

Unter den Klängen der „Wacht am Rhein" beginnt der Vorbeimarsch der Kinder. Ein reizender Anblick.

Im Taktschritt einhergehend wehen die Mädchen mit den Tüchern. Die ersten Klassen, alle weiß und blau gekleidet, mit lang aufgelöstem Haar, begrüßte der Kaiser wiederholt in ächter Kavalierweise. Ein Berg von Blumen, von den Kindern geworfen, thürmt sich zu seinen Füßen auf.

Die Realschule 1. Ordnung marschirt unter Trommelschlag an.

Die 5 Mädchen, welche den Blumenkorb und viele Guirlanden trugen, brachten denselben zu den Majestäten hinauf.

Um $12^1/_4$ Uhr war das ebenso originelle wie großartige Fest zu Ende. Kassel kann stolz darauf sein.

Wien, 22. September. Die Aenderung des österreichischen Kabinets, welche wahrscheinlich nur in einem Ressortwechsel ihren Ausdruck finden wird, dürfte ehestens erfolgen.

Von der Okkupation liegen keine Neuigkeiten vor, trotzdem schreiten die Entwaffnungen in den insurgirten Ortschaften fort und der Vormarsch der Truppen in konzentrischer Bewegung macht erfreuliche Fortschritte.

Paris, 22. September. Das „Journal des Debats" kommentirt heute die Rede Gambetta's und sagt, daß dieselbe keine Umsturzideen enthalte. Die vom Leiter der parlamentarischen Majorität für die Zukunft vorgeschlagenen Reformen seien modifikationsfähig. Jeder Tag habe seine Plage und was während des zweiten Septennats zu thun sei, werde man nach Schluß des ersten sehen.

Victor Hugo ist im Begriff, einen neuen Band Poesien unter dem Titel: „Toute la lyre" zu veröffentlichen.

Petersburg, 22. September. Ein Telegramm des Generals Totleben an den Kaiser aus San Stefano vom 20. d. meldet:

Am Mittwoch Abend bin ich in Adrianopel eingetroffen, wo ich von der muselmännischen, griechischen, bulgarischen, armenischen und jüdischen Geistlichkeit empfangen wurde. Alle baten mich, Ew. Majestät ihre unbegrenzte Dankbarkeit für den Schutz auszudrücken, welcher ihnen von den russischen Behörden erwiesen worden ist. Dabei behaupte man, in Adrianopel sei niemals solche Ordnung und solche Gerechtigkeit gewesen, als während des Aufenthalts der russischen Truppen, welche sich zu jeder Zeit musterhaft geführt hätten. Die Stadt war illuminirt, die Thore der Moscheen mit dem kaiserlichen Namenszuge geschmückt. Am Donnerstag wurde die Stadt mit russischen Fahnen geschmückt und auf den Straßen bekränzte Portraits Ew. Majestät aufgestellt. Abends bei meiner Abfahrt war die Stadt wiederum illuminirt und eine größere Volksmenge anwesend.

Verspätet.

Heute Abend $7^1/_2$ Uhr entschlief sanft nach sehr schweren Leiden meine mir unvergeßliche Frau **Clara**, geb. **Korth**, in ihrem beinahe vollendeten 20. Lebensjahre.

Allen Freunden und Bekannten statt jeder besondern Meldung.

Die Beerdigung findet am Montag, den 23. hujus, vom Trauerhause aus statt.

Gollnow, den 20. September 1878.

Hermann Kantzenbach.